



Protokoll des Einwohnerrats

XI. Legislaturperiode 2012 – 2016

3. Sitzung vom 5. November 2012

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30–22.00 Uhr

Leitung: Simone Abt

Anwesend: 35 Mitglieder

Abwesend: Pascal Andres, Sven Inäbnit, Patricia Kaiser, Stefan Kaiser, Roger Moll

Präsidentin:

Protokoll:

Simone Abt

Sandra Sprecher

Mitteilung der Präsidentin

Simone Abt begrüsst die Anwesenden und stellt den heute anwesenden Lernenden der Gemeindeverwaltung, Alessandro Scerna, vor.

Sie informiert, dass ihr die Petition Stammscheune am 12. Oktober 2012 übergeben und diese per Zirkularbeschluss des ER-Büros direkt in die BPK überwiesen wurde.

Simone Abt teilt ausserdem mit, dass ein Brief einer Binniger Einwohnerin eingegangen ist. Diese ist nicht glücklich über den vom Rat gefällten Entscheid, an der oberen Benkenstrasse ein Fahrverbot einzuführen. Sie schlägt vor, das Fahrverbot für Bus 61, Taxis und Anwohner in beiden Richtungen bis Nussbaumweg aufzuheben. Eine Antwort auf dieses Schreiben wird formuliert.

Die Präsidentin bittet die Räte, diskreten Gebrauch des neu zur Verfügung gestellten WLANs zu machen.

Absenzen: Pascal Andres, Sven Inäbnit, Patricia Kaiser, Stefan Kaiser und Roger Moll haben sich entschuldigt.

Infolge Absenz von Vizepräsident Stefan Kaiser nimmt Markus Ziegler heute seinen Platz ein.

Neu eingereichte Vorstösse

Postulat St. Glaser, parteilos: Verbesserung Darstellung Einwohnerrat auf Binniger Webseite	30
Anfrage St. Glaser, parteilos: Stamm-Areal	31
Anfrage U. Brunner, SVP: Stelleninserate der Gemeindepolizei Binningen	32

Es gibt keine Wortmeldungen zu den Vorstössen.

Bereinigung der Traktandenliste: Zum Traktandum 3, Ersatzwahl eines stellvertretenden Mitglieds in die GRPK, erklärt Simone Abt, dass die an der letzten Sitzung gewählte Susanna Keller von ihrem Amt zurück getreten ist. Ihre Wahl war nicht rechtens, weil ihre Mitgliedschaft in der Sozialhilfebehörde nicht mit einem Amt in der GRPK vereinbar ist. Simone Abt entschuldigt sich nochmals in aller Form für diesen Fehler.

Die SVP-Fraktion beantragt, die Wahl auf die Sitzung am 21. Januar 2013 zu verschieben. Da es sich um das 3. Ersatzmitglied handelt, ist dies kein Problem.

Simone Abt erläutert kurz, warum sich die Wahlen in die BPK wieder auf der Traktandenliste befinden: Anlässlich der letzten Einwohnerratssitzung hatte Simone Abt den Empfang der Widerrufsschreiben zu den Rücktritten der Herren Brunner und Ewald aus der BPK bestätigt und festgehalten, dadurch würden die Neuwahlen obsolet. Aus den Reihen des Einwohnerrats kam kein Einwand. Der Gemeinderat ersuchte jedoch in den Tagen nach der Sitzung die Präsidentin des Einwohnerrats, eine offizielle und formelle Wahl vorzunehmen. Diesem Wunsch kommt Simone Abt gern nach.

Traktandenliste**Geschäft Nr.**

1. Genehmigung des Protokolls vom 24.9.2012
2. **Ersatzwahl eines Mitglieds des Wahlbüros** 25
für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2016
3. **Ersatzwahl eines stellvertretenden Mitglieds in die Geschäfts- und Rechnungs-
prüfungskommission** 27
für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2016
4. **Ersatzwahl von zwei Mitgliedern in die Bau- und Planungskommission** 28
für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2016
5. **Ersatzwahl des Vizepräsidiums der Bau- und Planungskommission** 29
für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2016
6. **Erneuerungs- und Ersatzwahl in den Verwaltungsrat der Wärmeversorgung Binningen AG** 26
für die Amtsperiode 1.1.2013–31.12.2016
7. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 9.10.2012:
Initiative Neugestaltung Schlosstreppe 88
Geschäftskreisführung: Mike Keller
8. Bericht der Spezialkommission vom 30.9.2012:
Neuorganisation der Grüngutentsorgung und Teilrevision des Abfallreglements 237
Geschäftskreisführung: Mirjam Schmidli
9. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 16.10.2012:
**Postulat V. Dubi, SP: Mehr Sicherheit bei Fussgängerstreifen: Stellungnahme des
Gemeinderats betreffend Überweisung** 243
Geschäftskreisführung: Urs-Peter Moos
10. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 9.10.2012:
**Motion U.-P. Moos, SVP: Fachstelle Spray-Ex und Programm Spray-Out auch in
Binningen: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung** 257
Geschäftskreisführung: Mirjam Schmidli
11. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 9.10.2012:
Beitritts-gesuch Zweckverband Zivilschutz 24
Geschäftskreisführung: Daniel Nyffenegger
12. Diversa

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 24.9.2012

Mit der folgenden, von Stefan Glaser beantragten Anpassung wird das Protokoll genehmigt:
Die Präsidentin ergänzt die Traktandenliste um zwei zusätzliche Wahlgeschäfte (GRPK). Bei Traktandum 2 angekommen erklärt Simone Abt, dass Roy Ewald und Urs Brunner von ihrem Rücktritt zurückgetreten sind und die Traktanden 2, 3 und 4 somit obsolet sind. (S. 1)

Traktandum 2

Nr. 25

Ersatzwahl eines Mitglieds des Wahlbüros

für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2016

Gerhard Metz: Die FDP-Fraktion schlägt Kathrin Künzli vor, die zum Schluss der letzten Legislatur dieser Behörde bereits einmal kurzfristig angehört hat.

ABSTIMMUNG

Stille Wahl

BESCHLUSS

://: Für die restliche Amtsperiode wird Kathrin Künzli, FDP, als Mitglied des Wahlbüros gewählt.

Traktandum 3

Nr. 27

Ersatzwahl eines zwei stellvertretenden Mitglieds in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungs-kommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2016

ABSTIMMUNG

Stille Wahl

BESCHLUSS

://: Die Wahl wird auf die Sitzung vom 21. Januar 2013 verschoben.

Ersatzwahl von zwei Mitgliedern in die Bau- und Planungskommission
für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2016

Roy Ewald und Urs Brunner, beide SVP, werden vorgeschlagen.

ABSTIMMUNG
Stille Wahl

BESCHLUSS

://: Für die restliche Amtsperiode werden Roy Ewald und Urs Brunner, beide SVP, in die Bau- und Planungskommission gewählt.

Ersatzwahl des Vizepräsidiums der Bau- und Planungskommission
für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2016

ABSTIMMUNG
Stille Wahl

BESCHLUSS

://: Für die restliche Amtsperiode wird Roy Ewald, SVP, als Vizepräsident der Bau- und Planungskommission gewählt.

Erneuerungs- und Ersatzwahl in den Verwaltungsrat der Wärmeversorgung Binningen AG
für die Amtsperiode 1.1.2013–31.12.2016

Peter Heiz, FDP: Die Fraktion ist mit der Delegation des Gemeinderats einverstanden und wünscht, dass Gerhard Metz weiterhin diesem Gremium angehört. Er bringt die nötige Erfahrung sowie die Kenntnisse in bau- und energietechnischen Fragen mit und bürgt als Bisheriger für Konstanz.

Christoph Anliker: Die SVP möchte, dass das Gremium politisch breit abgestützt ist und empfiehlt Beatrix Bürgin zur Wahl.

Gaida Löhr: Die SP ist erstaunt darüber, dass der Gemeinderat mitteilt, wie die parteipolitische Vertretung des Einwohnerrats in der WBA sein sollte. Dies ist weder Sache des Gemeinderats noch der Verwaltung. Traditionell ist der Einwohnerrat mit einem Bürgerlichen und einem SP-Mitglied (oder der linken Seite) vertreten. Nach Meinung der Fraktion soll das auch so bleiben. In der letzten Legislatur war die GR-Vertretung rein bürgerlich (2 FDP, 1 CVP). Es hat sich niemand daran gestört, dass auch ein Vertreter des Einwohnerrats von der FDP war, plus jemand von der SP. Niemand hat sich daran gestört, dass die FDP drei Vertreter in der WBA hatte. Jetzt, wo die Linke stärker vertreten wäre, werden die Regeln geändert und die Vertreter des GR und ER sollen gemischt werden, der SP-Sitz soll entfallen. Dieser Sitz ist aber traditionell und soll auch bei der SP bleiben.

Die Partei schlägt Philippe Spitz vor. Die WBA muss sich mit der Frage auseinandersetzen, wie es weiter gehen soll. Es geht darum, das Ganze neu aufzugleisen und dazu gehört sicher auch, neue Verträge abzuschliessen. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass ein routinierter Jurist dem Verwaltungsrat angehört. Philippe Spitz ist Anwalt, Richter und PD für Privat- und Wirtschaftsrecht. Ausserdem ist er unter anderem darauf spezialisiert, private Gesellschaften mit öffentlicher Zweckbestimmung zu beraten. Das macht ihn zu einem Topkandidaten für das, was jetzt auf die WBA zukommt.

Silvia Bräutigam, CVP/GLP: Die Fraktion schlägt Alexander Huber als Kandidaten vor. Er ist Molekularbiologe, der in einem Pharmaunternehmen eine Entwicklungseinheit für globale Versorgung mit neuen Medikamenten für klinische Forschung leitet. Die dafür benötigte Infrastruktur beinhaltet zu einem grossen Teil die Versorgung mit Energie und Reinluftaufbereitung. Mit seinem technischen Fachwissen wird er das Gremium bereichern.

ABSTIMMUNG

1. Wahlgang:

Absolutes Mehr: 18

Gewählt mit 26 Stimmen: Gerhard Metz

Beatrix Bürgin: 14 Stimmen

Philippe Spitz: 14 Stimmen

Alexander Huber: 7 Stimmen

2. Wahlgang:

Gewählt mit 15 Stimmen: Beatrix Bürgin

Philippe Spitz: 14 Stimmen

Alexander Huber: 5 Stimmen

BESCHLUSS

://: Beatrix Bürgin, SVP, und Gerhard Metz, FDP, werden als Vertreter des Einwohnerrats für die Verwaltungsratswahlen der WBA nominiert.

Die vom GR vorgeschlagene Delegation wird bestätigt.

Umsetzung der Initiative Neugestaltung Schlosstreppe

Stefan Glaser, parteilos: Er bedankt sich beim Gemeinderat für die rasche Umsetzung und bei Urs-Peter Moos, der sich damals als Einwohnerrat dafür eingesetzt hat, die Umsetzung gleichzeitig mit dem Behindertenlift zu realisieren. Den Redner erstaunt das neue Projekt, da es doch stark von der Initiative abweicht – auch kostenmässig. Nichtsdestotrotz ist es als Super-Lösung zu bezeichnen. Das Projekt entspricht der Historie und damit ist die Initiative erfüllt.

Nachteile sieht Stefan Glaser keine. Die Rampe ist von allen Besuchern unabhängig begehbar. Es fallen keine Unterhaltskosten für einen pannenanfälligen Lift an und die Schneeräumung übernimmt der Pächter. Ausserdem gibt es mehr Platz auf der Terrasse und mit dem neuen Zugang zum Lagerraum wird dem Pächter weiterhin genügend Vorratsraum zur Verfügung stehen. Die weisse Mauer bildet mit dem Schloss eine Einheit.

Wenn man bedenkt, dass in die Renovation des Schlossparks und in die Innenrenovation bereits CHF 22 Millionen geflossen sind, ist der vorgeschlagene Aufpreis von CHF 89 000 zu vernachlässigen. Das entspricht nur 0,38 % der gesamten Ausgaben bis heute. Es dürfte schwierig sein, den Einwohner/innen eine Ablehnung des Kredits zu erklären. Das Projekt verträgt keine weitere Verzögerung mehr, da die Annahme der Initiative zwei Jahre zurückliegt.

Thomas Hafner, CVP/GLP, lobt die gute Vorlage und auch die aufschlussreiche Informationsveranstaltung im Beisein des involvierten Architekten. Die Fraktion ist für die Umsetzung der Initiative, die Zustimmung erfolgt jedoch nicht mit grosser Begeisterung, da die heute vorliegenden Kosten weitaus höher sind als die bereits bewilligten. Man erachtet das als Luxus.

Thomas Hafner zählt die einzelnen Ereignisse von der Renovation Schlosspark über die Ablehnung der Mauer durch die Bevölkerung bis zur daraus resultierenden Abstimmung nochmals auf. Er ist der Meinung, dass einige Binninger entgegen der Meinung des Gemeinderats für die Initiative gestimmt hatten, weil sie dachten, die Gemeinde komme relativ günstig zur neuen Treppe. In der Wahlbroschüre war ja die Rede von einer grosszügigen Spende (ca. CHF 25 000), die helfen würde, die veranschlagten Kosten von CHF 100 000 auf CHF 75 000 zu senken. Bereits anfangs 2012 waren die Kosten des damals dem Einwohnerrat vorgeschlagenen und von ihm bewilligten Projekts etwa zweieinhalbmal höher.

Der Handlungsspielraum des Architekten war durch die zahlreichen Vorgaben sehr beschränkt und wahrscheinlich ist das vorliegende Projekt die beste Lösung.

Die CVP/GLP-Fraktion schätzt daran vor allem, dass die massive Brüstungsmauer zurückgeschnitten und durch ein feines Metallgeländer ersetzt wird. Der bisher rötliche Sockel wird weiss, was das Ganze eleganter erscheinen lässt. Der Zugang über die angenehme Rampe wird bestimmt nicht nur von Personen in Rollstühlen geschätzt werden. Alles in allem ist das Ergebnis sehr gelungen, es entspricht den Vorgaben aller Interessenten und die Fraktion spricht dem Architekturbüro ein grosses Lob aus. Man ist über die fast viermal höheren Kosten nicht glücklich, stimmt dem Zusatzkredit dennoch zu.

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP: Die vorgeschlagene Variante der Schlossmauer ist ansprechend und gefällt. Die Rampe anstelle des Lifts überzeugt die Mehrheit der Fraktion. Trotzdem bedauert man, dass damals bei der Ausarbeitung der diversen Möglichkeiten die Variante Rampe nicht näher geprüft wurde. Das hätte Zeit und Kosten gespart. Ausserdem moniert man, dass einmal mehr zwei verschiedene Investitionskredite gemischt werden. Der Gemeinderat und die Verwaltung präsentieren eine neue Variante der Schlossmauer und andere, zusätzliche Kosten. Es kann nicht sein, dass der Rat immer wieder vor

vollendete Tatsachen gestellt wird und pragmatisch entscheiden muss. Pragmatisch darum, weil Verzögerungen das Geschäft weiter verteuern würden. (Eigentlich sollte die BPK den Vorschlag nochmals überprüfen, der mitgelieferte Baukostenplan beinhaltet zu viele Schätzungen und grössere Differenzen zwischen einzelnen Baukostenpositionen). Ausserdem soll der Volkswille endlich erfüllt werden.

Es wäre wünschenswert, dass der Gemeinderat in solchen Situationen mit zusätzlichen Informationen, sprich Zwischenanträgen, an den Einwohnerrat oder ganz unbürokratisch direkt über das Büro an die BPK gelangen würde.

Wie erwähnt schätzt man vor allem die geplante Rampe, fragt sich aber, ob die vom Behindertenforum empfohlene maximale Steigung eingehalten wird. Auch der Stand der Garantieleistungen des Behindertenlifts würde die Fraktion interessieren.

Die rasche Umsetzung, ein ansprechendes Gesamtbild, Amortisation von Mehrkosten durch Wegfallen von Wartungskosten, der unkomplizierte Zugang für alle und die Überzeugung, dass die Verwaltung noch eine Rückerstattung der Garantieleistungen des Lifts erlangen könnte, veranlassen die Grünen/EVP dem Zusatzkredit (ein bisschen zähneknirschend) zuzustimmen.

Daniel Zimmermann, FDP: Die Projektpräsentation war sehr informativ und zeigt eine neue Möglichkeit des Informationsaustausches zu sehr speziellen Themen. Die Mehrheit der Fraktion begrüsst den Mut des Gemeinderats, mit einem Nachtragskredit an den Einwohnerrat zu gelangen und findet, dass man für das Geld auch einen echten Mehrwert erhält.

Da man die architektonischen Aspekte des Geschäfts im letzten Binninger Anzeiger sehr detailliert nachlesen konnte, geht die Fraktion nicht weiter darauf ein.

Die CHF 60 000 für die Rampe wird sich durch das Wegfallen der Liftservicekosten in den nächsten zehn bis 15 Jahren bezahlt machen. Der FDP-Fraktion ist wichtig, dass die Punkte der Initiative im Einvernehmen mit der Denkmalkommission umgesetzt werden. Sie stimmt dem Zusatzkredit mehrheitlich zu.

Philippe Spitz, SP: Nach dem positiven Leitartikel im letzten Binninger Anzeiger könnte man annehmen, dass nun endlich alles gut ist. Bekanntlich lässt sich über Geschmack streiten und der Redner räumt ein, dass ihm die alte Schlossmauer nicht zuletzt dank des Efeubewuchses besser gefällt.

Der Volksentscheid ist zu akzeptieren, doch hat man nicht mehr viel Spielraum, weil man zur Umsetzung der Initiative einerseits die Vorgaben des Initiativkomitees und andererseits den Entscheid des Einwohnerrats vom Januar 2012 hat.

Die SP-Fraktion dankt dem Gemeinderat, insbesondere aber dem Architekten, der aus der schwierigen Lage wahrscheinlich das Beste gemacht hat. Es liegt eine ansprechende Gestaltung vor, doch ist nicht ganz klar, warum es keine Begründung geben soll. Auch die beiden übers Eck liegenden Treppen stossen bei der SP nicht auf Begeisterung.

Baumehrkosten sind ein leidiges Thema und meist unwillkommen. Die Mehrkosten für die Rampe wurden schon im Januar beschlossen und müssen nun als Begründung für Sachen herhalten, die nicht für die Rampe bestimmt sind. Das Thema Rampe muss von der Initiative losgelöst betrachtet werden. Der Lift war eine unbefriedigende Lösung; die Rampe macht Sinn und ist für die betroffenen Personen die elegantere Lösung.

Da die vergrösserte Terrasse, das Einverständnis des Pächters und der Einbezug der Denkmalpflege positiv gewertet werden, unterstützt die SP-Fraktion den Antrag, wenn auch ohne grosse Freude.

Da für die Fraktion kein ersichtlicher Mehrwert vorliegt, werden sich die Mitglieder teilweise der Stimme enthalten, eventuell gibt es sogar eine Gegenstimme.

Da das Projekt auch in der Bevölkerung auf Zustimmung stösst, kann mit Annahme des Kreditantrags endlich ein lange schwelender Streit beendet werden.

Roy Ewald: Auch die SVP-Fraktion begrüsst die Neugestaltung der Schlossmauer mit der Rampe. Man muss der Sache nun zustimmen und den Volkswillen erfüllen. Die Kosten für die Treppe liegen im Budget, die Überschreitung ist nur mit der Erstellung der Rampe zu erklären. Die Fraktion bewilligt den Antrag des Gemeinderats.

Gemeindepräsident Mike Keller: Die vom Gemeinderat gestellte Aufgabe war nicht einfach. Umso mehr bedankt sich der Gemeindepräsident für die konstruktiven Voten.

Der Gemeinderat hat sich lange überlegt, wie er vorgehen soll und ob der vorliegende Vorschlag dem Willen und der Vorstellung des Volks entspricht. Darum hat er beschlossen, das Projekt öffentlich vorzustellen, um so zu erfahren, ob die Lösung gefällt oder nicht und war natürlich erfreut über die vielen positiven Reaktionen. Da ein derartiges Vorhaben immer eine Kompromisslösung sein muss, musste auch mit der Denkmalschutz- und Heimatpflege ein Kompromiss gefunden werden. Mike Keller weist darauf hin, dass die Rampe aus gestalterischen Gründen ins Spiel kam und nicht wegen des behindertengerechten Zugangs. Die Bau- und Planungskommission hatte sich im 2011 mit dem behindertengerechten Zugang auseinandergesetzt. An der Sitzung vom 21.11.2011 kam sie zum Schluss, dass eine Rampe wohl die beste und technisch einfachste Lösung wäre. Aufgrund der damaligen Gespräche mit der Heimatschutzkommission war diese Variante jedoch nicht vorstellbar. Deshalb hat die BPK diese Idee verworfen und auf der Basis des Vorschlags des Gemeinderats weiter gemacht. Dass nur ein Jahr später die Rampe akzeptiert wird, ist erstaunlich und zeigt einmal mehr, dass es Fachspezialisten braucht, die den gleichen Dialekt wie die Fachstellen sprechen. Der Gemeinderat begrüsst die Rampe. Sie gewährleistet, dass nie mehr Leute stecken bleiben oder der Zugang zum Schloss verwehrt ist. Die anfallenden Mehrkosten kommen einerseits durch die Realisierung der Rampe, andererseits durch die kosmetische Korrektur des Erscheinungsbilds zustande. Dass die Mauer nicht mehr rot, sondern weiss sein soll, ist die Kompromisslösung mit der Denkmal- und Heimatschutzkommission. So stimmt die Ästhetik des Gesamtbildes in Zusammenhang mit der Wahrung der historischen Ausgangslage.

Rahel Bänziger, Grüne/EVP: Das Initiativkomitee hat damals von einem Sponsor, der einen namhaften Betrag an die neue Schlosstreppe spenden will, gesprochen. Wieviel Geld kann man von dieser Seite noch erwarten?

Gemeindepräsident Mike Keller: Als der Gemeinderat nach der Abstimmung mit dem Initiativkomitee zusammensass, war auch Herr Eckenstein anwesend, mit dem man ein Papier die Spende betreffend verfassen wollte. In der Diskussion machte Herr Eckenstein einerseits die Unterstützung von einem Mitspracherecht bei der Umsetzung der Initiative abhängig, andererseits wollte er die Investitionen so optimieren, dass es gar nicht erst nötig wird, dass er einen Beitrag leisten muss. Aufgrund der Rahmenbedingungen konnte der Gemeinderat auf einen solchen Kompromiss nicht eingehen. Nach der Zustimmung des Rats zur ausgearbeiteten Lösung wird der Gemeinderat wieder auf Herrn Eckenstein zugehen. Zum heutigen Zeitpunkt kann noch nicht gesagt werden, ob, in welcher Form oder in welcher Höhe die Gemeinde allenfalls einen Betrag von ihm erhalten wird.

Grüne/EVP, Beatrice Büschlen bittet darum, ihre zwei Fragen zu beantworten.

Gemeindepräsident Mike Keller: Zur Frage, ob die Rampe den Rahmenbedingungen entspricht: Die Unternehmung Procap, die im Kanton Baselland bei Baugesuchen die Umsetzung der gesetzlichen Bestimmungen – und somit auch behindertengerechte Zugänge – prüft, hat die Gemeinde mit den entsprechenden Rahmenbedingungen und Vorgaben ausgestattet. Diese sind im Projekt eingeflossen. Auch die

technisch-bauliche Ausgestaltung wurde mit dieser Institution besprochen. Das eingegebene Baugesuch wird auch von Procap geprüft.

Was den bestehenden Lift betrifft, muss leider gesagt werden, dass mit der betroffenen Firma keine gütliche Lösung gefunden werden konnte und der Gemeinderat den juristischen Weg eingeschlagen hat. Über den Ausgang dieser Verhandlungen können im Moment noch keine Aussagen gemacht werden.

Abstimmung Antrag Gemeinderat

Ja: 30

Enthaltungen: 5

BESCHLUSS

://: Für die Umsetzung der Initiative Neugestaltung Schlosstreppe wird ein Zusatzkredit in der maximalen Höhe von CHF 89 000 bewilligt.

Traktandum 8

Nr. 237

Neuorganisation der Grüngutentsorgung und Teilrevision des Abfallreglements

Daniel Zimmermann, FDP: Im Wissen darum, dass es sich bei dieser Vorlage für den Einwohnerrat nur um eine Kenntnisnahme handelt und der politische Einfluss sehr beschränkt ist, hat sich die Spezialkommission zum Ziel gesetzt, das vorgeschlagene Grüngutkonzept in den wesentlichsten Punkten sehr genau zu betrachten, um dem Gemeinderat für das Budget 2014 in der Abfallrechnung klare Vorgaben zu machen.

Man wollte dem Einwohnerrat noch dieses Jahr eine Empfehlung machen und konnte dank der Exekutive und der Verwaltung den vorliegenden Schlussbericht Ende September verabschieden.

Der Redner dankt insbesondere Alt-Gemeinderätin Anne Mati, der neuen Verantwortlichen dieses Geschäftskreises, Gemeinderätin Mirjam Schmidli, sowie den Mitgliedern der Spezialkommission, die den sehr engen Zeitplan mitgetragen haben.

In der vorgeschlagenen Neuorganisation der Grüngutentsorgung will man das Angebot mit dem Aufstellen von Bioklappen ergänzen und gleichzeitig die kombinierte Grünbioabfuhr mit der Verwertung in einer regionalen Vergärungsanlage optimieren. Da die bestehenden Verträge mit der Kompostieranlage Hardacker in Muttenz per Ende April 2014 auslaufen und man den Systemwechsel für das Budget 2014 rechtzeitig planen kann, scheint der Zeitpunkt richtig zu sein. Beim Systemwechsel will man die dezentralen Kompostierplätze weiterhin unterstützen. Erfahrungen anderer Schweizer Gemeinden haben gezeigt, dass der Systemwechsel sinnvoll ist und der neue Vergärungsprozess der Umwelt sehr viel nützt, weil das anfallende Gas für Heizen und Treibstoff genutzt werden kann. Auch der Kanton beurteilt diese Methode als ökologisch sinnvoll und erfolgsversprechende Massnahme.

Während fünf Sitzungen wurden verschiedene Gäste angehört und Beratungen durchgeführt. Nebst den Erläuterungen der Gemeinderätin Mirjam Schmidli waren vor allem die Erfahrungen des Umweltbeauftragten der Gemeinde Riehen sehr interessant. Riehen hat den Systemwechsel bereits

vollzogen. Die Binnerer Kompostberaterin hat bestätigt, dass die Quartierkompostplätze für die Bevölkerung sehr wichtig und eine ideale Ergänzung in diesem Entsorgungskonzept sind. Die Kommission hat erfreut zur Kenntnis genommen, dass sich die Umwelt- und Abfallpädagogik in den Kindergärten und Schulen lohnt und durch interessante Projekte nachhaltige Wirkung zeigt.

In zwei Lesungen wurde das Reglement beraten, es wurden diverse Anträge behandelt und Fragen gestellt. Hauptdiskussionenpunkte waren unter anderem die Kostenentwicklung, Abfallrechnung und Gebührenmodell, Hauscontainer versus Bioklappe, Laubabfall und gebührenfreie Grünabfuhr. Details dazu können dem Bericht entnommen werden. Das wichtigste Geschäft ist der Antrag der Kommission, die Grüngutabfuhr künftig gebührenfrei anzubieten. Damit kann ein grosser Anreiz für die getrennte Entsorgung von organischen Speise- und Rüstabfällen geschaffen werden und die internen Verwaltungsaufwendungen werden kleiner.

Susanna Keller: Die SVP begrüsst die neue Regelung, die Anreiz schafft, die Abfallmenge in den schwarzen Säcken zugunsten der Grüngutentsorgung zu verkleinern und durch die Bioabfälle zu Biogas und Kompost verarbeitet werden können. Besonders sinnvoll erachtet man die Beibehaltung der dezentralen Kompostierung und der Abfallpädagogik an den Schulen. Man bejaht die wöchentliche Abfuhr in den Monaten März bis November und bittet, der Empfehlung der Kommission, im Herbst zur Laubentsorgung Big-Bags zu erlauben, Folge zu leisten.

Innerhalb der Fraktion hat die Forderung nach einer gebührenfreien Grüngutentsorgung zu Diskussionen geführt. Dabei ging es vor allem darum, dass die Abfuhr nicht kostendeckend ist und nicht nach dem Verursacherprinzip gehandelt wird. Um für die Bevölkerung einen grösseren Anreiz zu schaffen unterstützt eine Mehrheit der Fraktion die Empfehlung der Kommission, die Kostenentwicklung über mehrere Jahre zu beobachten und gegebenenfalls später wieder eine Gebühr einzuführen.

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP: Das bestehende Konzept der Gemeinde Binningen ist nicht zuletzt auch durch das Engagement der Ökogemeinde bereits sehr fortschrittlich. Die seit Jahren bestehenden und beliebten Kompostierplätze haben mitgeholfen, die Bevölkerung für das Thema zu sensibilisieren. Dennoch muss mehr Anreiz geschaffen, muss das Trennen von biogenen Abfällen attraktiver gemacht werden. Auch die Grüne/EVP hat die kostenlose Entsorgung diskutiert und bevorzugt diese aus ökologischen Gründen.

Mit dem neuen System können alle Einwohner/-innen die Grünabfälle abholen lassen und da es viele Leute gibt, die bereit sind, für guten Kompost etwas zu tun, ist auch nicht zu befürchten, dass weniger dezentral kompostiert wird.

Auch der soziale Aspekt des Gebührenmanagements wurde diskutiert. Bioabfall wird von **allen** Bevölkerungsschichten produziert und mit einem guten Abfalltrennsystem können **alle** Geld sparen. Das Argument, dass vor allem Grundeigentümer mit grossen Gärten profitieren, ist nicht stichhaltig, weil grosse Gärten in der Regel von Gärtnereien gepflegt werden. Dadurch wird das Gewerbe mit seinen Arbeits- und Lehrplätzen unterstützt.

Die Abfallrechnung lässt die Gratisabfuhr noch ein paar Jahre zu, bevor der Gemeinderat über eine Gebührenerhöhung nachdenken muss.

Zur Gefahr des Missbrauchs: Diese Gefahr besteht sicher vereinzelt, doch vertraut man auf die gute Präventions- und Aufklärungsarbeit der Gemeinde.

Die Grüne/EVP nimmt die Neuorganisation der Grüngutabfuhr zur Kenntnis und stimmt den beiden Anträgen der Spezialkommission zu.

Sivilia Bräutigam: Die CVP/GLP-Fraktion findet es gut, eine kombinierte Grün- und Bioabfuhr in eine regionale Vergärungsanlage einzuführen. Es war ihr ein grosses Anliegen, dass die dezentrale Kompostierung weiterhin möglich ist und unterstützt wird. Durch die Vergärung wird eine optimierte Energienutzung erreicht. Ausserdem ist die Fraktion der Meinung, dass durch die Möglichkeit, organische Speise- und Rüstabfälle getrennt zu entsorgen, mehr Anreiz geschaffen wird, das Gewicht von der Kehricht- zur Grüngutabfuhr zu verlagern. Anlass zu Diskussionen gaben die Gebühren. Jeder Haushalt hat Grünabfall

und kann somit von dieser Grünabfuhr profitieren. In Anbetracht, dass der Kassenstand für die Spezialfinanzierung Abfall über CHF 600 000 beträgt, ist man der Meinung, dass eine gebührenfreie Entsorgung eingeführt werden soll. Mittels der Spezialfinanzierung können Defizite mehrere Jahre lang aufgefangen werden. Durch Wegfallen des Vignettenvertriebs kann der Verwaltungsaufwand reduziert werden. Der CVP/GLP ist wichtig, dass die Kostenentwicklung in den nächsten Jahren transparent über eine detaillierte Abfallrechnung aufgezeigt wird. So kann allenfalls zu einem späteren Zeitpunkt eine Abfallgebühr erhoben werden. Die Fraktion unterstützt alle Anträge der Spezialkommission.

Severin Brenneisen: Die SP bedankt sich bei der Spezialkommission. Insbesondere die diversen Anhörungen waren eine Bereicherung und haben viele verschiedene Aspekte aufgezeigt. Man ist der Meinung, dass die Sammlung des Grünguts ein grosses Plus für die Gemeinde und die Bevölkerung ist. Vor allem eine wöchentliche Abfuhr würde eine grosse Erleichterung bringen.

Zum Thema Gebühren ist zu sagen, dass das Ganze über den schwarzen Kehrichtsack quersubventioniert wird, wenn keine Gebühren erhoben werden. Die Fraktion findet es nicht in Ordnung, dass Leute, die keinen Garten haben, die Entsorgung der Abfälle der Garteneigentümer mitbezahlen. Im Abfallreglement § 13, Absatz 3, wird eine Möglichkeit aufgezeigt, mit welcher man die Situation entschärfen könnte. Damit würde die Entsorgung zwar immer noch teilweise quersubventioniert, doch zu einem geringeren Preis. Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag 5.2 der Spezialkommission nicht.

Bettina Rumpf, FDP: Ihre Fraktion möchte klarstellen, dass die gebührenfreie Grünabfuhr die dezentrale Kompostierung in keiner Weise konkurrenzieren will oder soll. Die Gratisabfuhr soll für die Bevölkerung einen grossen Anreiz schaffen, die Küchenabfälle nicht mehr in den Haushaltkehricht zu geben. Alle Binner Einwohnerinnen und Einwohner profitieren davon, denn alle kochen und produzieren somit organischen Abfall. Es ist positiv, wenn die Gemeinde der Bevölkerung durch die Gratisabfuhr eine Dienstleistung anbieten kann, die einen Mehrwert schafft. Der hohe Kassenstand der Spezialfinanzierung Abfall ist sehr hoch und ermöglicht, allfällige Defizite in den nächsten Jahren aufzufangen. Nach einer detaillierten Standortbestimmung ist eine spätere Einführung einer Gebühr oder des Verursacherprinzips immer noch möglich.

Die FDP-Fraktion ist mehrheitlich für eine gebührenfreie Einführung der Grüngutentsorgung und stimmt den Anträgen zu.

Jürg Humbel, FDP, bedankt sich im Namen der Binner Bevölkerung für das vorgezogene Weihnachtsgeschenk. Endlich wird die Entsorgung des Weihnachtsbaums kein alljährliches Ärgernis mehr sein.

Stefan Glaser, parteilos: Seiner Meinung nach kann es nicht sein, dass durch die gebührenfreie Entsorgung und die Quersubventionierung die dezentralen Lösungen, die ökologisch am nachhaltigsten sind, so benachteiligt werden. Er stellt deshalb einen Gegenantrag zum Antrag der Spezko:

Bei der Grüngutabfuhr gilt wie bei der Kehrichtabfuhr das Verursacherprinzip.

Heisst also, dass die Kosten der Grünabfuhr durch entsprechende Gebühren gedeckt sind.

Vor der Abstimmung zur Änderung des Paragraphen 4 möchte Philippe Spitz, SP, wissen, wann und wie bei der Vergärung die Biopower AG wie ins Spiel kommt und wie bei der Auftragsvergabe allfällige Interessenskonflikte aufgelöst werden.

Gemeinderätin Mirjam Schmidli geht davon aus, dass es eine normale Ausschreibung geben wird.

Gemeindepräsident Mike Keller: Es wird seine berufliche Situation angesprochen. Dazu kann er sagen, dass er zwar Miteigentümer der Biopower AG ist, diese aber für den Betrieb an die Firma Leureko verpachtet wurde. Also hat weder er persönlich noch die Firma Biopower auf den Vertrag über eine Biomassenlieferung, der möglicherweise zustande kommen könnte, Einfluss. Man wäre auch nicht Vertragspartner oder involviert, genausowenig von Gewinn oder Verlust des Ganzen betroffen.

ABSTIMMUNG: Änderung § 4:

Einstimmig.

Severin Brenneisen,: Die SP möchte nochmals beliebt machen, dass man bei § 13, Absatz 3, die Version des Gemeinderats unterstützt, da man der Meinung ist, dass man Gebühren verlangen können soll. Die Quersubventionierung findet man sozial nicht richtig.

Auf Nachfrage der Präsidentin bestätigt Stefan Glaser, parteilos, dass dies seinem Antrag entspricht.

ABSTIMMUNG: Änderung § 13:

Antrag Spezialkommission: 23 Ja / 10 Nein

Antrag Gemeinderat: 2 Enthaltungen

ABSTIMMUNG: Änderung § 15:

Einstimmig.

ABSTIMMUNG: Änderung § 19:

Ja: 34

Enthaltung: 1

SCHLUSSABSTIMMUNG

Ja: 31

Nein: 2

Enthaltungen: 2

BESCHLUSS

-
- ://: 1. Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von der Neuorganisation der Grüngutentsorgung ab Mai 2014.
2. Die Grünabfuhr wird gebührenfrei angeboten. Die Teilrevision des Abfallreglements wird mit den Änderungen der Spezialkommission gemäss Synopse beschlossen.
3. Der Gemeinderat wird ermächtigt, das Reglement nach der Genehmigung durch den Kanton in Kraft zu setzen.
-

Traktandum 9

Nr. 243

Postulat V. Dubi, SP: Mehr Sicherheit bei Fussgängerstreifen: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung

Gaida Löhr, SP: Da Vreni Dubi dem Rat nicht mehr angehört, übernimmt die Rednerin das Geschäft, ihre Antwort ist aber mit V. Dubi abgesprochen.

Die Fraktion ist sehr zufrieden damit, wie die Fussgängerstreifen auf den Gemeindestrassen kontrolliert und bewirtschaftet werden. Die Fussgängerstreifen, die man speziell im Auge hatte, befinden sich (leider) auf Kantonsstrassen. Da man nicht im Landrat ist und es Binnerer Fussgänger sind, die diese Streifen überqueren, ist man daran interessiert, dass die Gemeinde auch dort aktiv ist und den Kanton er-

muntert, regelmässig Kontrollen durchzuführen. Denn es besteht deutlicher Verbesserungsbedarf. Es geht um die Baslerstrasse (bei Kantonalbank), Bottmingerstrasse (unterhalb der Brückenstrasse), Hauptstrasse (beim alten Polizeiposten) und Oberwilerstrasse. Dies sind Schulwege und teilweise Übergänge zu Altersheimen.

Die Fraktion fordert den Gemeinderat auf, sich in Liestal für das Anliegen einzusetzen und möchte das Postulat stehen lassen.

Beatrix Bürgin: Die SVP-Fraktion ist nach Studium der Akten zum Schluss gekommen, dass der Vorstoss überflüssig ist, da der Gemeinderat sich bereits mit dem Thema befasst und die nötigen Konsequenzen gezogen hat. Die Abklärungen haben ergeben, dass die Fussgängerstreifen gut abgesichert sind. Die Rednerin fügt an, dass einige Fussgängerstreifen wieder einmal eine Farbauffrischung benötigen, so z.B. beim Minikreisel Neubadrain/Paradiesstrasse.

Die SVP-Fraktion wird das Postulat nicht überweisen.

Meret Rehmann, Grüne/EVP: Die Fraktion ist für die Überweisung des Postulats. Die Förderung des Langsamverkehrs (Sicherheit für Fussgänger und Velofahrer) ist ein Anliegen, das zu einer guten Lebensqualität in Binningen gehört. Man begrüsst das Konzept Langsamverkehr und ist froh, dass sich der Gemeinderat den einzelnen Verkehrsstellen im Detail widmet. Da es jedoch erst ein Konzept, also ein Plan ist, ist man gegen eine Abschreibung des Postulats, nur für eine Überweisung.

Jürg Humbel: Die FDP-Fraktion schliesst sich dem Gemeinderat an und will das Postulat überweisen und abschreiben. Seiner Meinung nach wäre die Wiedereinführung der Handzeichen ein grosser Beitrag zur Sicherheit.

Patrizia Scaioli, CVP/GLP: Die Fraktion will das Postulat ohne weiteren Kommentar überweisen und als erledigt abschreiben.

Gemeinderat Urs-Peter Moos: Dass die Fussgängerstreifen auf Binner Boden in einem sehr guten Zustand sind, ist der Verwaltung zu verdanken, die diesem wichtigen Thema schon seit Jahren eine grosse Bedeutung zumisst. Beim persönlichen Augenschein des Nachts hat sich der Gemeinderat davon überzeugen können, dass die Fussgängerstreifen auf den Gemeindestrassen sehr gut ausgeleuchtet sind. Im Gegensatz zum Kanton hat Binningen das Konzept der Sonderleuchten. Der Kanton vertritt die Philosophie, dass der Fussgänger beim Überqueren vom Autofahrer anhand seiner Silhouette bemerkt wird. Binningen findet es wichtig, dass der Fussgängerstreifen gut ausgeleuchtet und schon von Weitem sichtbar ist. Gespräche mit Liestal haben bereits stattgefunden. Dabei ging es auch um die geplante Lichtsignalanlage auf der Höhe Zeigerweg/Lindenstrasse, deren Kosten bereits im Budget 2013 eingestellt sind (Binningen bezahlt die Hälfte).

Etwa 50 Prozent der kantonalen Fussgängerstreifen mit Lichtsignalanlage sind bereits entschärft. Für den Rest braucht es den Dialog mit dem Kanton, um eine Verbesserung herbeizuführen. Da es das Hoheitsrecht des Kantons ist, hat Binningen keine weiteren Optionen, etwas zu bewirken, weshalb es nichts bringen würde, das Postulat nur zu überweisen.

Als einziger Fussgängerstreifen hat derjenige an der Brückenstrasse keine Sonderleuchte. Wenn der Kindergarten an der Amerikanerstrasse geschlossen wird, soll dieser Streifen aufgehoben werden. Zur Frage, ob Binningen auch die mit Swarovski-Splitttern versetzte Farbe verwendet: Da die meisten Fussgängerstreifen in Tempo-30-Zonen liegen, findet man das unnötig. Doch Fussgängerstreifen, die sich in einer Hanglage befinden, haben einen etwas gröberen Belag, um Ausrutschen bei Nässe zu verhindern. Dieser Belag ist auch besser sichtbar.

ABSTIMMUNG: Überweisung des Postulats:

Ja: 26

Nein: 9

ABSTIMMUNG: Abschreiben des Postulats:

Ja: 23

Nein: 12

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen und gleichzeitig als erledigt abgeschrieben.

Traktandum 10

Nr. 257

**Motion U.-P. Moos: Fachstelle Spray-Ex und Programm Spray-Out auch in Binningen:
Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung**

Pascal Treuthardt, FDP: Man anerkennt die Problematik der Graffitis in Binningen und stört sich auch daran. Eine Möglichkeit, dieser Unart entgegenzuwirken, ist, die Fläche so rasch wie möglich wieder zu übermalen, um so zu demonstrieren, wer das Hoheitsrecht dieser Fläche hat. Die Fraktion ist aber der Meinung, dass es Sache des Eigentümers ist, dieses Hoheitsrecht zu zeigen und für sein Eigentum zu schauen. Ganz bestimmt braucht es nicht noch mehr Bürokratie mit zusätzlichen Kosten für so etwas. Die FDP wird für nicht überweisen stimmen.

Jürg Blaser, SVP: Grundsätzlich ist zu bemerken, dass nur der Motionär die Umwandlung in ein Postulat verlangen kann, nicht der Gemeinderat. Sollte die Motion in ein Postulat umgewandelt werden, ist die SVP-Fraktion bereit, diese an den Gemeinderat zu überweisen, um ihm mehr Zeit für weitere Abklärungen zu ermöglichen. Man ist der Meinung, dass sich die verantwortlichen Stellen diesem Thema zu wenig Aufmerksamkeit schenken. Die vom Motionär vorgeschlagene Fachstelle Spray-Ex und das Übernehmen des Programms des Malermeister-Verbands erachtet man als sinnvoll. Um die Kosten möglichst tief zu halten, sollte als Erstes abgeklärt werden, ob das Programm auf Binningen ausgeweitet werden kann. Es wäre interessant zu wissen, ob sich bereits andere Baselbieter Gemeinden dem baselstädtischen Programm angeschlossen haben oder wie sie das Problem der Sprayereien lösen. Wäre eine Zusammenarbeit z.B. mit Bottmingen möglich?

Die Präsidentin erläutert, dass es möglich ist, einem Einwohnerrat seinen Vorstoss zu übergeben, wenn man nicht mehr selber im Einwohnerrat ist. Diesem kann man auch die Kompetenz übertragen, eine Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Erika Bättig Knotek, SP: Das Meiste ist bereits gesagt und auch die SP-Fraktion ist gegen eine Überweisung.

Alexander Huber: Auch die CVP/GLP-Fraktion ist für die Umwandlung in ein Postulat. Sie findet es gut, dass man ein Konzept/einen Massnahmenplan Littering erarbeiten will. Wenn dann ersichtlich ist, welche Alternativen es zu Spray-Ex gibt, hat man eine Auswahl und kann schauen, was die beste Lösung ist.

Stefan Glaser, parteilos: Die mangelnde Sauberkeit ist seit vielen Jahren ein Thema in Binningen. Die Motion bringt eine Lösung, die sich in Basel bewährt hat und die mittelfristig das Erscheinungsbild von Binningen stark verbessern wird.

Stefan Glaser fragt den Gemeinderat, ob er bei Überweisung des Geschäfts endlich entsprechende Erhebungen machen wird. Er ist für ein sauberes Binningen und dafür, den Vorstoss als Motion zu lassen. Doch da die diversen Voten zeigen, dass der Einwohnerrat gestaffelt vorgehen will, wandelt er die Motion, wie vom Gemeinderat vorgeschlagen, in ein Postulat um.

Gemeinderätin Mirjam Schmidli zu den zwei Fragen: Wenn das Postulat überwiesen wird, werden selbstverständlich Erhebungen gemacht und ja, der Gemeinderat will ein sauberes Binningen.

ABSTIMMUNG: Überweisung des Postulats

Nein: 20

Ja: 14

Enthaltung: 1

BESCHLUSS

://: Die Motion wird in ein Postulat umgewandelt und nicht an den GR überwiesen.

Traktandum 11

Nr. 24

Beitrittsgesuch Zweckverband Zivilschutz

Gemeindepräsident Mike Keller: Nach Behandlung des Geschäfts in den Fraktionen kamen an den Gemeinderat und an die Verwaltung umfangreiche Fragen. Der Gemeinderat hat sich lange überlegt, ob er die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte vor dieser Sitzung mit viel Papier und den entsprechenden Antworten eindecken soll. Man kam aber zum Schluss, dass dies das Ziel verfehlen würde, da sie bis zur heutigen Sitzung keine Gelegenheit mehr hätten, die Antworten in den Fraktionen zu besprechen. Der Gemeindepräsident unterbreitet dem Rat folgenden Vorschlag: Man wird die Fragen allen Mitgliedern des Einwohnerrats beantworten, so dass ihnen die Fragen und Antworten vorliegen. Aus diesem Grund schlägt man vor, das Geschäft heute noch nicht zu behandeln, da dies eine breite Diskussion eröffnen würde und weil der Einwohnerrat zu den Fragen auch die entsprechenden Antworten möchten.

Die Präsidentin hält fest, dass der Gemeinderat einen Antrag auf Absetzung des Geschäfts von der Traktandenliste stellt. Sie möchte über diesen Antrag abstimmen lassen.

CVP/GLP, Katrin Bartels: Es gibt ja auch die Möglichkeit, dass der Einwohnerrat eine Rückweisung des Geschäfts beschliesst. Dann hätte der Gemeinderat die Gelegenheit, es zu überarbeiten und die Fragen zu beantworten. Sie beantragt, dem Antrag des Gemeinderats auf Verschiebung des Datums den Antrag auf Rückweisung gegenüberzustellen.

Frage der Präsidentin: Wurde soeben ein Rückweisungsantrags gestellt?

Antwort Katrin Bartels: Ja.

Grüne/EVP, Rahel Bänziger, findet eine Rückweisung wegen ein paar offener Fragen etwas happig. Für sie kommt dieses Geschäft nicht so schlecht daher und sie ist deshalb für eine Verschiebung. Die Fraktion ist auch daran interessiert, dass alle Fragen beantwortet werden, ist aber gegen eine Rückweisung.

Gemeinderat Mike Keller: Sollte der Rat einer Verschiebung zustimmen, ist man sehr gerne bereit, noch ergänzende Fragen entgegenzunehmen, damit man sie möglichst vollumfänglich dokumentieren kann.

Katrin Bartels, CVP/GLP: Damit ist man relativ nahe an einer Rückweisung. Eine Frage könnte beispielsweise lauten: Was wäre die Alternative, wenn man sich mit Basel oder mit Allschwil zusammenschliesst? Für sie ist eine Rückweisung eine saubere Lösung, denn dann hat der Gemeinderat Gelegenheit, das Ganze nochmals umfassend zu bearbeiten.

Daniel Zimmermann, FDP: Er unterstützt die CVP/GLP. Man hat einen vorliegenden Bericht des Gemeinderats, man hat einen Fragenkatalog, viel Geschriebenes. Er sieht es als Chance für den Gemeinderat, mit den vorhandenen und noch folgenden Fragen einen neuen, vollständig überarbeiteten Bericht vorlegen zu können. So hat der Einwohnerrat dann eine saubere Grundlage für eine Entscheidung.

Mike Keller: Wenn der Einwohnerrat Rückweisung beschliesst, möchte der Gemeindepräsident gerne konkrete Forderungen, mit denen der ER die Rückweisung begründet und dies dem Gemeinderat als Hausaufgabe mit auf den Weg gibt.

Grüne/EVP, Rahel Bänziger ist auch der Meinung, dass eine Rückweisung nur mit klaren Aufträgen geht.

Katrin Bartels, CVP/GLP: Damals wurde die Frage eingereicht, wie gespart werden kann, indem Synergien genutzt werden. Jetzt erhält man eine Vorlage, mit der es am Schluss teurer kommt. Deshalb stellt sich die Frage, ob es nicht mit anderen Partnerschaften möglich ist, dem Gesuchten näher zu kommen. Wie man weiss, hat sich Allschwil noch nicht entschieden, doch wäre auch die Option Basel abzuklären. Die zukünftigen Kosten werden mit den bisherigen verglichen. Klar, dass das schlecht herauskommen muss. Sollte die Vorlage zurückgewiesen werden, ist die Rednerin dafür, dass man die zukünftige Kosten schätzt – sowohl für den Alleingang als auch für ein Zusammengehen mit möglicherweise unterschiedlichen Partnern. So hätte man mehrere Modelle, die einander gegenübergestellt werden und damit eine saubere Entscheidungsgrundlage.

Daniel Zimmermann, FDP: Wenn der Gemeinderat den Bericht nochmals überarbeitet, würde die FDP gerne ein paar Tipps geben. Sie befürwortet, dass der Grundgedanken der Kooperation aufgenommen wird. Man ist auch der Meinung, dass im Gesamtkonzept noch wesentliche Elemente fehlen. Zum Beispiel gehören für den Redner die Feuerwehr und die Ortspolizei zur Gesamtbetrachtung eines sicherheitspolitischen Konzepts. Es wäre angenehm, auch über diese diversen Elemente noch etwas zu hören. Auch was die Anlagen betrifft, die zum Teil zum Einsatz kommen sollen und zum Teil noch in Abklärung sind, sind Fragen offen. Es zeigt sich also, dass es noch viele Fragen gibt, die eine Rückweisung rechtfertigen.

Rahel Bänziger, CVP/GLP: Eine Rückweisung kann nicht bedeuten, die Aufgabe des Postulats zu erweitern. Die Aufgabe des Postulats ist klar: Es soll für die Bereiche Zivilschutz und Feuerwehr eine Kooperation mit den umliegenden Gemeinden oder anderen Gebietskörperschaften angestrebt werden. So wurde es überwiesen und dieser Auftrag wurde ausgeführt. Eine Rückweisung ist nicht gerechtfertigt.

FDP, Markus Ziegler weist als Postulant darauf hin, dass es acht Jahre gedauert hat, bis Bewegung in die Sache kam – dank dem neuen Gemeinderat. Doch im Gegensatz zu Rahel Bänziger ist der der Meinung, dass das Postulat nicht beantwortet wurde. Für ihn ist das Ziel nicht erreicht. Im Fall einer Rückweisung möchte er dem Gemeinderat zwei Sachen mitgeben: 1. Ziel nicht erreicht im Bereich Effizienzsteigerung. Man wollte entweder dasselbe Produkt mit gleicher Qualität zu einem günstigeren Preis oder eine

höhere Qualität zum gleichen Preis. Hier gilt es aufzuzeigen, was an Alternativen geprüft wurde. 2. Zum Thema Leimental ist es Markus Ziegler ein Anliegen, dass dies der Gemeinderat noch besser ausarbeitet. Es wird in der Organisationsstruktur eine Stimme pro Gemeinde postuliert. So kleine Gemeinden wie Biel-Benken und Witterswil haben eine Stimme in diesem Gremium. Wenn es zum's Zahlen geht, sieht die Sache wieder anders aus. Der Redner befürchtet ein ungünstiges Stimmenverhältnis. Diese Situation soll der Gemeinderat nochmals analysieren.

Urs Brunner: Auch die SVP-Fraktion ist für die Rückweisung des Geschäfts. Das meiste wurde bereits von Markus Ziegler gesagt.

ABSTIMMUNG Rückweisungsantrag K. Bartels

25 Ja

9 Nein

1 Enthaltung

BESCHLUSS

://: Das Geschäft wird an den Gemeinderat zurückgewiesen.

Diversa

Anfrage Stefan Glaser, parteilos: Stamm-Areal

31

Gemeinderätin Mirjam Schmidli:

1. Wann hat die BPK begonnen, dieses dringende Geschäft zu beraten?

Die erste Sitzung fand am 17. September 2012 statt, die zweite am 24. Oktober 2012 und die dritte ist am 19. November 2012 geplant.

2. Wann kann der Einwohnerrat mit dem BPK-Bericht zu diesem Geschäft rechnen?

Das Geschäft liegt bei der BPK und die Gemeinderätin weiss nicht, wie lange es noch beraten werden muss. Darauf kann allenfalls der Kommissionspräsident, Daniel Zimmermann, Antwort geben.

3. Was meint der Gemeinderat zu den Verzögerungen, die durch die BPK-Beratung entstehen?

Der Einwohnerrat hat das Geschäft zur Behandlung an die BPK überwiesen. Das ist bei Geschäften, die das Bauen oder die Zonenplanung zum Thema haben, ein übliches Vorgehen. Es ist nicht die Aufgabe des Gemeinderats die Beratungen einer Kommission zu kommentieren.

Anfrage Urs Brunner, SVP: Stelleninserate der Gemeindepolizei Binningen

32

Gemeindepräsident Mike Keller kann sich vorstellen, dass es betreffend dem neuen Inserat, das veröffentlicht wurde, eine Verwirrung gibt. Nach dem Abgang von zwei Gemeindepolizisten wurden im Früh-

ling die beiden Stellen ausgeschrieben. Eine Stelle konnte besetzt werden, die andere war noch vakant. Nun hat man nochmals inseriert, um auch die zweite Stelle besetzen zu können. Das bedeutet also, dass es keine weitere Kündigung gab, sondern dass nicht sofort zwei geeignete Personen gefunden wurden. Nun zu den gestellten Fragen:

1. Wie sieht der Sollbestand bei der Gemeinde Binningen zum Zeitpunkt des Inserates vom 25.10.2012 inklusive Ressortleiterin aus?

Der Sollbestand beträgt 400 Stellenprozent, aktuell sind 300 Prozent besetzt.

2. Worauf sind die in letzter Zeit gehäuften Fluktuationen zurückzuführen?

Es gibt keine gehäuften Fluktuationen.

3. Stehen weitere Kündigungen in nächster Zeit bevor?

Weder aus der Sicht des Arbeitnehmers noch des Arbeitgebers ist auszuschliessen, dass es zu Kündigungen kommen kann.

4. Was macht die Rekrutierung so schwierig?

Die Anforderungen und vor allem das Stellenprofil eines Polizisten unterscheiden sich je nachdem, ob man sich für die Gemeinde- oder Kantonspolizei bewirbt. Die Stellen der Kantonspolizei sind sicher begehrter. Und doch braucht die Gemeinde Polizisten mit einem Fachausweis, damit sie die gesetzlichen Anforderungen für ihre Aufgaben sichern kann. Deshalb ist die Auswahl der Personen beschränkt.

Die Präsidentin schliesst die Sitzung.

Die nächste Einwohnerratssitzung findet statt am Montag, 10. Dezember 2012, 19.00 Uhr (mit anschliessendem Apéro).